

**Niederschrift
über eine Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg
in öffentlicher Sitzung**

Datum: 15.07.2021 Zeit: 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr

Ort: Bürgerhaus Zur Sonne, Sietzsch

J. Brünnel	anwesend	B. Bunge	anwesend
E. Creutzmann	anwesend	L. Däumler	anwesend
L.-M. Henjes	anwesend	F. Hübner	anwesend
M. Kleppel	anwesend	U. Marquardt	anwesend
Ch. Kupski	anwesend	R. Milzsch	<i>abwesend</i>
F. Meinhardt	anwesend	L. Müller	anwesend
M. Müller	anwesend	St. Müller	anwesend
H. Oehlschlegel	anwesend	Dr. Ch. Raschke	anwesend
J. Rausch	anwesend	G. Scheuerle	<i>abwesend</i>
C. Schaaf	<i>abwesend</i>	W. Seidowski	anwesend
E. Schmidt	<i>abwesend</i>	Ch. Tessmann	anwesend
F. Stolzenberg	anwesend	Dr. F. Weidt	anwesend
E. Weidinger	anwesend	Ch. Zeigermann	anwesend
A.-J. Wolff	<i>abwesend</i>		
A. Werner	anwesend		

Ortsbürgermeister/in:

R. Bunk	anwesend	D. Heldt	<i>abwesend</i>
W. Howe	<i>abwesend</i>	M. Leiter	<i>abwesend</i>

Gäste:

D. Moron-Wernicke	Stadt Landsberg
J. Regge	Stadt Landsberg
M. Holesovsky	Stadt Landsberg
R. Salomon	Stadt Landsberg
C. Schräpler	Stadt Landsberg
K. Dögel	Stadt Landsberg
B. Hajek	Stadt Landsberg (Protokollantin)
einige Bürger	

Das Protokoll umfasst die Seiten 1 - 16 Seiten.


F. Stolzenberg
Stadtratsvorsitzender


B. Hajek
Protokollantin

Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
4. Bestätigung des Sitzungsprotokolls öffentlicher Teil vom 27.05.2021
5. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.05.2021
6. Einwohnerfragestunde
7. Beantwortung / Informationen Anfragen Einwohnerfragestunde 27.05.2021
8. Informationen aus der Verwaltung
9. Informationen zum Stand der Digitalisierung mit daraus resultierenden Handlungswegen
10. Informationen aus den Ausschüssen
11. Beschlussvorlage (Vereinte Bürgerliste): Einrichtung eines W-LAN-Hotspots im Bürgerhaus Zur Sonne, Sietzsch
12. Beschlussvorlage (Vereinte Bürgerliste): Durchführung der Sitzungen des Stadtrates im monatlichen Turnus
13. Beschlussvorlage (Vereinte Bürgerliste): Information durch die Stadtverwaltung / Bürgermeisterin zum Umsetzungsstand der Beschlüsse
14. Beschlussvorlage (Verwaltung): Grundsatzbeschluss Vorberatung Wachdienst
15. Beschlussvorlage (Verwaltung): 2. Änderung der Straßenreinigungssatzung
16. Beschlussvorlage (Herr Dr. Raschke): Radwegekonzept 2021
17. Beschlussvorlage (Verwaltung): Außerplanmäßige Ausgabe zur Erneuerung des Außengeländes Hort Hohenthurm
18. Beschlussvorlage (Verwaltung): Zeitweiliger Umzug der Verwaltung
19. *Anfragen Stadträte und Ortsbürgermeister/innen*
Auf Grund der verkürzten Durchführung der Sitzung entfällt dieser Punkt.
Alle Anfragen sind bitte durch die Stadträtinnen und Stadträte sowie Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister schriftlich an Frau Hajek zu übergeben.

Punkt 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Stolzenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt die Bürgermeisterin, alle anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister, Gäste, Bürgerinnen und Bürger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Eingangs richtet Herr Stolzenberg das Wort an alle Anwesenden bezüglich der aktuellen Lage in Rheinland Pfalz sowie NRW. Frau Werner wird gebeten, sich mit den Verantwortlichen in Verbindung zu setzen und Hilfe anzubieten.

Punkt 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit mit 23 von 28 Stadträten wurde durch Herrn Stolzenberg festgestellt.

Punkt 3 Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

TOP 9 Rederecht Frau Hartmann und Frau Wagner

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 4 Bestätigung des Sitzungsprotokolls öffentlicher Teil vom 27.05.2021

Herr Seidowski kritisiert die Verfahrensweise der Zustellung des Protokolls. Er verweist hier auf die Geschäftsordnung, in welcher verankert ist, dass das Protokoll innerhalb von 14 Tagen allen Stadträtinnen und Stadträten unterzeichnet vorzuliegen hat.

Das Protokoll wird zeitnah (innerhalb 14 Tagen) nach der letzten Stadtratssitzung allen Stadträtinnen und Stadträten digital als Entwurf zur Verfügung gestellt. In der heutigen Sitzung wird das Protokoll der letzten Sitzung bestätigt. Est dann erhält es Rechtskraft. Hiernach wird das bestätigte Protokoll durch den Stadtratsvorsitzenden unterzeichnet, merkt Herr Stolzenberg an.

Bestätigung Protokoll vom 27.05.2021

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Punkt 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrats vom 27.05.2021

Herr Stolzenberg informiert über die Bekanntmachungen.

Punkt 6 Einwohnerfragestunde

Da keine Anfragen durch Einwohnerinnen und Einwohner gestellt werden, wird diese sogleich wieder geschlossen.

Punkt 7 Beantwortung / Informationen Anfragen Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen aus der Einwohnerfragestunde vom 27.05.2021 vor.

Punkt 8 Informationen aus der Verwaltung

Frau Werner berichtet:

- Anschaffung von Spielgeräten in den Ortschaften mit einem Auftragsvolumen in Höhe von 12.500 € u. a. in Eismannsdorf und Schwerz sowie in der Kita Gollma
- im Bereich Kleingewerbe sind aktuell sehr viele Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen, große Auswirkungen hinsichtlich der Steuereinnahmen sind allerdings nicht zu erwarten
- Informationen zur Haushaltssituation (siehe Anlage zum Protokoll)
- Hoch- und Tiefbau (Anlage zum Protokoll)
- das Bauvorhaben Hort Hohenthurm ist beendet, dieser konnte in der 27. Kalenderwoche bezogen werden
- Weg Doppelkappelle: Baubeginn 27.05.2021
- die Bauarbeiten L 168 verlängern sich ca. um ein Jahr auf Grund Materialknappheit etc.
- Bauarbeiten Turnhalle: Preissteigerungen durch Teuerungszuschläge sind zu erwarten, das Planungsbüro wurde gebeten, die Kosten aufzuschlüsseln, um in Erfahrung zu bringen, mit welchen Kostensteigerungen zu rechnen ist / eine Nachberichterstattung hierzu erfolgt zum späteren Zeitpunkt durch Frau Werner

Herr Däumler erkundigt sich, ob bereits Vergaben erfolgt sind und Aufträge erteilt wurden. Die Aufträge sind bereits ausgeschrieben und Aufträge erteilt, beantwortet Frau Werner.

Verwunderung wird durch Herrn Kupsi dahingehend geäußert, dass im Bauausschuss nicht über dieses Thema (Bauarbeiten/Sanierung Turnhalle) gesprochen wurde. Zu klären wäre, ob noch Mittel zur Verfügung stehen oder wo die Kosten für die Deckung herkommen. Planungsleistungen sowie ein Leistungsverzeichnis wurden nicht vorgelegt. Ebenfalls ist der Ortschaftsrat nicht informiert worden. Hier hätte sich Herr Kupsi gewünscht, dass im Bauausschuss Informationen bezüglich einer geplanten Sanierung gegeben worden wären.

Herr Holesovsky kann aufklären, dass im Haushalt 70.000 € in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Die Angebote belaufen sich auf 56.000 €. Es soll lediglich ein Kessel erneuert werden. Hierfür ist kein Leistungsverzeichnis sowie auch kein Planer notwendig. Herr Kupsi fordert dennoch eine Information im Bauausschuss.

Der Vorgang befindet sich in der Vorbereitungsphase und nach Vorliegen aller Angebote wird dies selbstverständlich im Bau- sowie Vergabeausschuss vorgestellt, bestätigt Herr Holesovsky.

Punkt 9 Informationen zum Stand der Digitalisierung

Frau Hartmann (GS Hohenthurm) sowie Frau Wagner sind als Gäste anwesend und möchten die Mitglieder des Stadtrates über Probleme/Missstände zum Stand der Digitalisierung informieren. Dieser Information in der heutigen Sitzung ist eine E-Mail von Frau Wagner an den Stadtratsvorsitzenden Herrn Stolzenberg vorangegangen, auf welche sich Frau Hartmann zu Beginn bezieht. Sie merkt an, dass Frau Wagner offensichtlich nicht alle Details vorlagen. Frau Hartmann ist es wichtig, gemeinsam mit den Schulleitern Hohenthurm und Landsberg aufzutreten, um einen gemeinsamen Konsens zu finden und aufgetretene Fehler zukünftig zu vermeiden sowie der Verwaltung weitere Wünsche mitzuteilen.

Frau Wagner steht im ständigen Kontakt mit den Elternvertretern. Hier laufen alle Fragen zusammen, welche in einer E-Mail an die Stadtverwaltung und den Stadtrat zusammengefasst wurden. Viele Probleme und Fragen sind noch offen, welche es zu klären gilt.

Unter anderem erkundigt sich Frau Wagner, wie die Vertragsverlängerung zustande gekommen ist. Des Weiteren möchte Sie wissen, auf welcher Grundlage die zentralen IT-Standorte festgelegt wurden.

Herr Däumler wünscht, dass Frau Werner im nächsten Stadtrat zu den offenen Fragen berichtet.

Es wird erwartet, dass alle Geräte zeitnah angeschlossen werden. Die Geräte müssen vor Ort geprüft werden. Es wurde viel Geld in die Hand genommen für den Einkauf von Hardware.

Frau Hartmann richtet den Appell an den Stadtrat und Herrn Salomon, die Administrationskräfte zu bedenken. Es muss dringend eine Lösung gefunden werden. Im Bereich Förderung IT, gibt es auch eine Förderung für Administratoren. Was ist dahingehend geplant?

Die Kommunikation hinsichtlich genannten Themas finden zwischen Bürgermeisterin und den Schulleitern statt. Sicherlich gab es auch Missverständnisse, welche jedoch versucht wurden, zu klären. Es wurde sich darüber Gedanken gemacht, wie administrativ gehandelt werden kann, um die Betreuung in den Schulen abzusichern, ergänzt Frau Werner.

Ist in den einzelnen Schulen die Lieferung, die direkt in die Schulen gekommen ist, Rechnung und Lieferschein abgeglichen worden, möchte Herr St. Müller wissen.

Des Weiteren ist die Frage zu beantworten, ob eine erhöhte Inhaltsversicherung abgeschlossen bzw. eine Risikoerhöhung bei der Versicherung angemeldet wurde?

Frau Werner beantwortet, dass die Lieferungen abgeglichen wurden. Die Anfrage hinsichtlich der geänderten Versicherung wird durch die Verwaltung geprüft.

Was ist die aktuelle Zielstellung, sollen alle Schüler zum neuen Schuljahresbeginn mit den Geräten bedient werden, erfragt Herr Kupsi. Wenn dies verwaltungstechnisch nicht abgedeckt werden kann, müssen externe Firmen eingebunden werden.

Frau Werner verweist auf ihre Ausführungen, welche den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt wurden. Hier ist der Zeitplan sowie der Ist-Stand klar aufgeführt.

„Bericht IT“ soll zukünftig als TOP mit aufgenommen werden schlägt Herr Stolzenberg vor.

Punkt 10 Informationen aus den Ausschüssen

Hauptausschuss:

-

Finanzausschuss:

Herr Steffen Müller informiert:

Es wurde für das 2. Halbjahr die Marschroute festgelegt. Der nächste Finanzausschuss wird am 16.09.2021 stattfinden. Hier soll der erste Entwurf des Haushaltes vorliegen und im Detail besprochen werden. Zielstellung ist, am 18.11.2021 den Haushalt 2022 zu beschließen. Der Entwurf wird im Oktober den Ortschafts- und Stadträten zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der angemeldeten Investitionen in Höhe von 33 Mio. €, dies ist jedoch nicht realisierbar. Hier ist definitiv noch nachzuplanen.

Der Jahresabschluss 2014 ist fertiggestellt und der Jahresabschluss 2015 in Fertigstellung.

Herr St. Müller richtet die dringende Bitte an die Verwaltung, die Ausschreibung für das Feuerwehrfahrzeug noch nicht zu beginnen. Ein separates Gespräch wird zwischen Frau Werner und Herrn Steffen Müller hierzu stattfinden. Frau Werner wird gebeten, die Anweisung zu geben, ansonsten wäre ein Sperrvermerk anzustreben.

Bauausschuss:

Herr Kupsi moniert, dass der TOP Flächennutzungsplan erst mit in die Sitzung aufgenommen werden hätte müssen, wenn dieser in allen Ortschaftsratssitzungen vorgestellt worden ist.

Frau Moron-Wernicke ergänzt, dass es sich lediglich um eine Informationsvorlage handelte und dies allerdings im Wortlaut der Tagesordnung falsch formuliert war.

Sie führt ergänzend aus, dass es ihre Intension war, den Bauausschuss zu informieren. Aufgeführt war hier auch die zeitliche Abfolge der Vorstellung in den jeweiligen Ortschaftsräten. Anschließend nach Festlegung der Grundstücke soll ein Beschluss im Bauausschuss erfolgen.

Ordnungsausschuss:

Herr Dr. Raschke informiert zu den behandelten Themen Risikoanalyse und Brandschutzbedarf. Eine neue Version wurde zugestellt, konnte aber auf Grund der Kurzfristigkeit nicht berücksichtigt werden. Es treten Fragen auf im Bereich der Investitionen. Wie stellt sich die Gesamtsituation der Feuerwehren in den nächsten Jahren dar. In den Vorgesprächen zeigen sich deutliche Bedenken. Es gibt erheblichen Gesprächsbedarf.

Hierzu ist eine Sondersitzung am 21.07.2021 geplant.

Jugend- Schule und Sozialausschuss:

Frau Creutzmann informiert über das Ergebnis der Besichtigung der Jugendclubs im Stadtgebiet.

Anhand einer Power-Point-Präsentation berichtet Frau Wagner über die Besichtigung der Jugendclubs.

Im Verlauf der Präsentation wird auf bestehende Mängel und Missstände hingewiesen. So z. B. gibt es im Jugendclub Niemberg nach wie vor noch kein Wasser. Der Jugendclub Spickendorf ist abgebrannt, das Gebäude droht zu verfallen. Frau Bunk ergänzt, dass im Juni eine Notsicherung des Daches vorgenommen wurde.

Weiterhin wird erwähnt, dass der Jugendclub Landsberg durch den Verkauf der Flächen in der Bahnhofstraße in Gefahr ist. Es gibt aktuell noch keine Alternative, wo der neue Standort geplant ist.

Von Frau Creutzmann wird Unverständnis darüber geäußert, dass der Jugendpfleger Herr Milzsch das Dienstfahrzeug nur bis 16.00 Uhr nutzen darf, ebenso das Diensthandy. Die Gründe hierfür sind ihr nicht bekannt. Unterstützung seitens der Stadtverwaltung in Bezug auf die Jugendclubs gibt es lediglich durch Herrn Milzsch. In Gesprächen mit den Jugendlichen ist erkennbar, dass diese sich allein gelassen fühlen.

Durch den Ausschuss wird betont, dass dringend ein pädagogischer Mitarbeiter für die Betreuung der Jugendlichen benötigt wird.

Es ist bekannt, dass es seitens der Stadt Bestrebungen gibt, einen Jugendrat zu gründen, merkt Frau Creutzmann an. Dieser Sache möchte sich der Ausschuss annehmen. Hier gab es Zusammenkünfte mit den Jugendlichen aus allen Jugendclubs, welche lt. Frau Creutzmann in aufgeschlossener Atmosphäre stattfanden. Frau Creutzmann teilt mit, dass in diesen Gesprächen zahlreiche Jugendliche für die Arbeit im Jugendbeirat ihr Interesse bekundet haben. Anliegen ist es hier, dies im 2. Halbjahr auf die Beine zu stellen. Der in der Vergangenheit gefasste Beschluss umfasst die Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr. Dieser Sachverhalt müsste dahingehend korrigiert werden, dass es sich um Jugendliche bis zum 27. Lebensjahr handelt. Die Satzung muss entsprechend geändert werden, ergänzt Herr Dr. Weidt.

Kultur- und Sportausschuss:

-

Vergabeausschuss:

Herr Meinhardt informiert:
Empfehlung Vergabe der Planungsleistung Riedebrücke Oppin
Empfehlung Vergabe der Bauleistung Ersatzneubau Brücke Zöberitz

WAZV:

-

AZV westl. Mulde:

Frau Bunk informiert darüber, dass ein Betriebsführungswechsel und neuer Standort vorgesehen ist. Hierbei handelt es sich um den Standort des ehem. Krankenhausgeländes Bitterfeld Wolfen.

AZV Queis-Dölbau:

Der Wirtschaftsplan sowie der Soll/Ist-Vergleich wurden festgestellt.

UHV Fuhne-Ziethe:

-

UHV Untere Saale:

Herr Oehlschelgel informiert, dass eine Gewässerschau stattgefunden hat. Da Herr Oehlschlegel leider nicht im Verteiler ist, liegen ihm keine Informationen darüber vor, was vor Ort festgestellt wurde. Er wünscht sich Hilfestellung von der Verwaltung dahingehend, dass Einspruch durch die Verwaltung eingelegt wird, um so zu erreichen, dass Herr Oehlschlegel ebenfalls Informationen erhält.

UHV Mulde:

-

Flugplatzgesellschaft Halle Oppin:

Herr Däumler teilt mit, dass die Gesellschafterversammlung sowie die Sitzung des Aufsichtsrates stattgefunden haben. Der Jahresabschluss wurde mit einem positiven Ergebnis und deutlichem Überschuss vorgestellt. Es ist gelungen, coronabedingte Ausfälle durch das Land ausgleichen zu lassen.

Das Flugplatzgelände wird sich in den nächsten Jahren weiter entwickeln. Vorgesehen sind hier Angebote für flugplatznahe Dienstleistungen. Herr Däumler hat den Geschäftsführer gebeten, im Amtsblatt der Stadt Landsberg Erläuterungen zu den Flug- und Lärmbelästigungen zu geben.

Planungsverband Halle Saalkreis:

Frau Werner: Es hat eine Sitzung des Verbandes zum Star-Park A14 stattgefunden. Verschiedene Firmen konnten gewonnen werden, welche sich dort niederlassen. Weitere Verhandlungen laufen hinsichtlich Firmenansiedlungen. Die Firmenansiedlungen machen auch eine Nacherschließung von Straßen notwendig. Diese sollen ebenfalls für den öffentlichen Nahverkehr erschlossen werden.

Die Feuerwache, welche für den Bereich Halle geplant ist, ist auch für dieses Areal angedacht.

Weiterhin wurde ein Beschluss gefasst, dass es keine Photovoltaik-Anlagen auf diesem Gebiet geben wird.

Herr Dr. Raschke fragt, gibt es Informationen bezüglich der Projekte im Zusammenhang mit den finanziellen Mitteln aus dem Kohlepaket. Ist der Star Park II mit Landsberg geplant? Frau Werner beantwortet, dass Kabelsketal geplant ist, Landsberg ist leider nicht dabei.

Punkt 11 Einrichtung W-LAN-Hotspot im Bürgerhaus zur Sonne, Sietzsch

Herr Dr. Raschke stellt den Ergänzungsantrag, den Punkt zu erweitern um Anschaffung eines Beamers sowie eine Leinwand.

Wichtig ist Herrn St. Müller eine schnelle Umsetzung sowie eine Installation in stationärer Form.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 52/07/2021

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt: Die Bürgermeisterin wird beauftragt, schnellstmöglich im Saal des Bürgerhauses „Zur Sonne“ in der Ortschaft Sietzsch zur Unterstützung der Ratsarbeit für Ausschuss- und Stadtratssitzungen einen W-LAN-Hotspot einzurichten und den Zugang für alle Ratsmitglieder sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 12 Durchführung der Sitzungen des Stadtrates im monatlichen Turnus

Herr St. Müller informiert über die Hintergründe dieses Antrages. Hauptgrund ist hier die bessere Planbarkeit aller Sitzungen. Es geht auch darum, die Effekte des digitalen Ratsinformationssystems zu nutzen, da dieses die Organisation und Vorbereitung erheblich erleichtert.

Zu bedenken gibt Frau Werner, dass bei einem 4-wöchigen Rhythmus bereits nach erfolgter Stadtratssitzung die nächste vorbereitet werden muss. Die Vorbereitung bezieht sich nicht ausschließlich auf die Zusammenstellung der Unterlagen, sondern die Vor- sowie Nachbereitung einer Sitzung betrifft alle Mitarbeiter. Als Vorschlag unterbreitet Frau Werner, dass der Bauausschuss sowie der Vergabeausschuss in der Woche vor dem Stadtrat tagen.

Weiterhin schlägt Frau Werner vor, die Durchführung der Sitzungen im 6-wöchigen Rhythmus mit Einführung des Ratsinformationssystems bis Ende des Jahres zu testen, um zu schauen, ob etwas verloren geht. Hiernach könnten nochmals die Vor- und Nachteile erörtert werden.

Des Weiteren ist die Tagesordnung nicht länger geworden als beim 4-wöchigen Rhythmus.

Herr Dr. Raschke unterstützt den 4-Wochen-Rhythmus, da die Terminierung der Beschlüsse leichter zu takten ist. In den Fraktionen gibt es so die Möglichkeit, sich im Vorfeld auf diese Beschlüsse einzustellen.

Herrn St. Müller ist durchaus bewusst, dass die Termine in Abstimmung mit der Hauptverwaltungsbeamtin und dem Stadtratsvorsitzenden nach Notwendigkeit erfolgen. Ansinnen von Herrn St. Müller mit diesem Beschlussantrag ist es, ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider eines 4- bzw. 6 Wochen-Rhythmus abzuwägen.

Auch Herr Brünnel unterstützt die Variante 4-Wochen-Rhythmus. Grund hierfür ist die bessere Planbarkeit.

Herr Seidowski erkundigt sich, wann das Ratsinformationssystem ans Netz geht. Auch er vertritt die Meinung, dass im 4-Wochen-Rhythmus geplant werden sollte. Ein strukturierteres Arbeiten ist anzustreben. Beschlüsse und der Ablauf müssen gestrafft werden. Eine Kontinuität und eine Planbarkeit muss gegeben sein.

Herr Stolzenberg merkt an, dass die Sitzungen für das ganze Jahr bereits geplant und bekanntgegeben sind und auf Grund dessen die weiteren Sitzungen der Ortschaftsräte und Ausschüsse geplant werden können.

Frau Werner informiert, dass eine Schulung Mitte August für die Stadtratsmitglieder vorgesehen und ist. Gleichzeitig mit der Schulung soll hier erstmalig die Sitzung des Stadtrates für den 26.08.2021 vorbereitet werden.

Herr Zeigermann vertritt die Auffassung, dass mit beiden Varianten geplant werden kann, bevorzugt aber auch den 4-Wochen-Rhythmus. Danach richten sich dann alle weiteren Termine. Aber die Themen müssen gestrafft und komprimiert werden. Die Einführung des Ratsinformationssystems bringt in jedem Fall Erleichterung.

Auch hier gibt Frau Werner zu bedenken, dass die Beschlüsse auch eingearbeitet werden müssen sowie eine Nacharbeit zu erfolgen hat.

Herr L. Müller schlägt vor, ab Januar 2022 in den 4-Wochen-Rhythmus zurückzukehren.

Durch Herrn Däumler wird ergänzt, sofern die Pandemielage dies zulässt 4-Wochen-Rhythmus. Er bittet des Weiteren um eine Aufstellung des Rhythmus anderer Verwaltungen.

Herr Seidowski meldet hier Bedenken an. Er befürchtet, dass dies so nicht funktionieren wird. Frau Werner erläutert nochmals, dass die Schulung nicht am 26.08.2021 stattfindet, sondern in Zusammenhang mit der Vorbereitung der Sitzung im August. Schulung und Sitzung finden separat statt. Auch wird durch sie bestätigt, dass die Unterlagen parallel nochmals auf dem bisher gewohnten Weg versendet werden.

Es wird durch Herrn St. Müller nochmals die Bitte an die Verwaltung gerichtet, den Rhythmus zu prüfen und zu überdenken.

Die Fraktion Vereinte Bürgerliste zieht den Antrag zurück.

TOP 13 Information durch die Stadtverwaltung / Bürgermeisterin zum Umsetzungsstand der Beschlüsse

Hintergrund des Antrages ist es, dass regelmäßig über den Stand der Beschlüsse berichtet wird. Dies kann auch zu einer Entlastung der Verwaltung führen, da durch Informationen auf diesem Wege Nachfragen entfallen würden.

Frau Werner begrüßt den Vorschlag und teilt mit, dass rückwirkend über den Stand der Beschlüsse ab Januar 2021 informiert wird.

Herr Seidowski merkt an, dass der Beschlussvorlage kein Muster beigelegt ist. Er verweist des Weiteren auf die Geschäftsordnung, in dieser ist die Informationspflicht hinsichtlich der Beschlüsse bereits formell geregelt.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 53/07/2021

Beschlusstext:

Die Bürgermeisterin wird verpflichtet, den Stadtrat über den Umsetzungsstand der Beschlüsse des Stadtrates regelmäßig wie folgt zu informieren:

Erstmals 3 Monate nach einem Beschluss über den aktuellen Bearbeitungsstand. Sollte zu diesem Zeitpunkt die Umsetzung noch nicht abschließend erfolgt sein, dann im weiteren Turnus von jeweils 3 Monaten.

Die Information kann in Form einer tabellarischen Übersicht erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

TOP 14 Grundsatzbeschluss Vorberatung Wachdienst

Herr Däumler äußert grundsätzliches Verständnis, dass im Sinne der Bürger für Ordnung und Sicherheit zu sorgen ist. Dennoch ist er der Meinung, dass dies Aufgabe der Polizei ist. Ob der ständige Einsatz eines Wachdienstes erfolgen sollte, hierüber ist er sich nicht sicher. Er wünscht sich klarere Aussagen hinsichtlich der Einsatzgebiete des Wachdienstes.

Frau Werner weist grundsätzlich darauf hin, dass Sitzungen mit den Fraktionsvorsitzenden stattfinden. Auch dieses Thema wurde in dieser Runde besprochen, ebenfalls im Ordnungsausschuss. Sie bittet darum, dass sich in den einzelnen Fraktionen über Besprochenes ausgetauscht wird.

Herr Dr. Raschke berichtet nochmals vom Ausschuss, wo das Thema intensiv erörtert und besprochen wurde. Im Gespräch mit den RBB hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen, diesen Einsatz über die Sommermonate fortzuführen. Rückgänge im Zusammenhang mit Vandalismus sind zu verzeichnen. Weiterhin werden die Ansprachen durch den Wachdienst als sehr positiv und unterstützend gewertet.

Der Einsatz des Wachschutzes kann auch vorbeugend wirken. Die Polizei kann ergänzend eingreifen, ergänzt Herr Oehlschlegel.

Herr Weidinger möchte wissen, warum das Ordnungsamt nicht verstärkt werden kann. Wurde ein Vergleich angestellt, hinsichtlich der Kosten?

Es müssten mindestens zwei VZ-Kräfte eingestellt werden, welche auch am Wochenende zu verschiedenen Zeiten eingesetzt würden, bestätigen Frau Werner und auch Herr St. Müller. Diese Mitarbeiter würden dann wiederum auf Grund des Freizeitausgleichs in der Woche fehlen. Von der Aufwand-/Nutzenrechnung ist dies aktuell die beste Lösung. Herr St. Müller weist hier auch noch einmal darauf hin, dass alle Ortschaftsräte die Möglichkeiten haben, Schwerpunkte zu melden. Der Wachdienst würde dann auch dort entsprechend eingesetzt.

Lt. Herrn Zeigermann ist es ein Armutszeugnis für die Gesellschaft, dass ein Wachdienst eingesetzt werden muss, da auf Grund der massiven Abrüstung der Polizei solche Aufgaben nicht mehr geleistet werden können.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 54/07/2021

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, fortführend einen Wachdienst mit der Bestreifung im gesamten Gebiet der Stadt Landsberg bis zum 30.09.2021 einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

TOP 15 2. Änderung der Straßenreinigungssatzung

Durch Herrn Däumler wird die Bitte geäußert, die nächste Satzung in einer durchgeschriebenen Fassung vorzulegen.

Frau Schräpler erläutert, dass die 2. Änderungssatzung sich lediglich auf die Anlage bezieht. Das Straßenverzeichnis wurde überarbeitet. Die grundsätzlichen Angaben der Straßenreinigungssatzung haben zunächst Bestand, bis beraten wurde, ob eine gesonderte Satzung für den Winterdienst erlassen werden soll. Es wird hier nur die Anlage beraten.

Frau Bunge bittet um Änderung in der Anlage wie folgt: Am Anger 6 – 22 B-Straße, dies wurde Frau Schräpler bereits mitgeteilt.

Lt. Herrn St. Müller muss bei der Leipziger Straße 36 a bis d die Umfahrung geprüft werden. Dies wurde im Ortschaftsrat besprochen.

Es wurden im Haushalt Mittel eingestellt für mindestens 6 Kehrunge im Jahr. Im Ordnungsausschuss wurde abgestimmt, dass die A-Straßen mindestens 2 x und die B-Straßen 1 x gekehrt werden sollen. Er gibt zu bedenken, dass die Reinigung der Fahrbahn mindestens 2 x jährlich zu wenig ist. Hier sind Schäden an den Straßenrändern zu erwarten. Aus diesem Grund möchte er den Änderungsantrag stellen, die A-Straßen mindestens 4 x jährlich zu kehren.

Es wird durch Stadtratsmitglieder darüber diskutiert, dass die Kehrintervalle definitiv zu wenig sind und sich hierdurch weitreichende Probleme ergeben.

Herr Dr. Raschke weist an dieser Stelle auch nochmals darauf hin, dass in Ausschusssitzungen Vorberatungen zu verschiedenen Themen stattfinden. Hier kann jede Fraktion teilnehmen, auch wenn hier kein Fraktionsmitglied im Ausschuss tätig ist. Die Fragen, welche heute erörtert werden, wurden bereits im Ausschuss ausführlich besprochen.

Es wurde sich dahingehend verständigt, dass im Jahr 2022 bei 2 Kehrungen geblieben wird. Im April 2022 soll eine Testreinigung der B-Straßen durchgeführt werden. Dies hat das Ziel zu erfahren, welche B-Straßen technisch befahrbar sind und welche Kosten hierdurch entstehen. Richtung Herbst soll die Straßenreinigungssatzung als Gesamtes neu konzipiert werden, um dann im Stadtrat den Beschluss zu fassen.

Frau Bunk verlässt die Sitzung um 20.00 Uhr.

Herr Oehlschlegel weist auch nochmals darauf hin, dass im Ausschuss ausführlich darüber diskutiert wurde. Er hat bereits im Ordnungsausschuss darauf hingewiesen, dass in den A-Straßen Kontinuität erreicht wird. Er gibt zu bedenken, dass Ärger hinsichtlich der Kehrungen in den B-Straßen vorprogrammiert ist. Grund sind hier z. B. parkende Autos. Kehrungen sind hier technisch oft nicht möglich. Die Anlieger in den A-Straßen müssen von der Reinigung und der Gefahr durch die eigenständige Reinigung in diesen Straßen entlastet werden.

Frau Werner dankt Herrn Oehlschlegel für die Ausführungen. Sie vertritt die Auffassung, dass die Energie auf die A-Straßen gerichtet werden sollte.

Durch Herrn Kupsi wird ergänzt, dass die A- und B-Straßen klar definiert werden müssen. Dies wurde ihm durch Frau Schräpler im Gespräch erläutert. Die Aufträge für den Winterdienst müssen ausgelöst werden.

Herr Müller erläutert nochmals, dass die Anlage 1 die Stadt nicht verpflichtet, die B-Straßen zu kehren, sondern lediglich, die Keherung der A-Straßen 2 x jährlich.

Herr St. Müller stellt folgenden Änderungsantrag:
In der Anlage 1 soll die Bezeichnung mindestens 2 x in mindestens 4 x geändert werden.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 55/07/2021

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die 2. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst der Stadt Landsberg (Straßenreinigungssatzung).

Abstimmung Beschluss: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

TOP 16 Radwegekonzept

Herr Dr. Raschke führt aus, dass dieses Konzept die Grundlage darstellt für die Beantragung von Fördermitteln. Er wünscht sich, dass das vorliegende Konzept weiterentwickelt und weitergelebt wird.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 56/07/2021

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt das vorliegende Radwegekonzept Stand Juli 2021. Dieses soll die Grundlage darstellen, um künftig Fördermittel beantragen zu können.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

TOP 17 Außerplanmäßige Ausgabe Erneuerung Außengelände Hort Hohenthurm

Das Thema wurde im Bauausschuss behandelt, informiert Herr Kupski. Lobend ist die Arbeit von der Verwaltung der Stadt zu erwähnen, dass in der Kürze der Zeit die Fördermittel fließen. Bei der Besichtigung wurde festgestellt, dass das Gebäude sehr gut saniert wurde. Dieses befindet sich einem optimalen Zustand. Das Außengelände wiederum ist dringend sanierungsbedürftig.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 57/07/2021

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt das vorliegende Radwegekonzept Stand Juli 2021. Dieses soll die Grundlage darstellen, um künftig Fördermittel beantragen zu können.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

TOP 18 Zeitweiliger Umzug Verwaltung

Frau Werner berichtet über die Hintergründe dieser Beschlussvorlage. Das jetzige Gebäude entspricht den gegebenen Standards nicht mehr. Die Größe der Büros, welche den Mitarbeitern zur Verfügung stehen, entsprechen zum Teil nicht mehr den Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung.

Sie berichtet von dem vorliegenden Angebot der Deutschen Post und der stattgefundenen Besichtigung. Es sollte sich hierbei jedoch um eine Übergangslösung handeln, um während dieser Zeit nach einem geeigneten Standort für den Neubau zu suchen. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde sich darüber verständigt.

Herr Kupski informiert, dass dieser Beschlussvorlage im Bauausschuss nicht zugestimmt wurde. Die Empfehlung kann dem Stadtrat nach eingehender Diskussion nicht gegeben werden. Die Verwaltung wird nochmals gebeten, im

Bereich Arbeitsstättenverordnung zu prüfen, was nicht stimmig ist. Des Weiteren sollte eine Prüfung des Bestandsschutzes deutlich aufgezeigt werden. Die Optimierung des Brandschutzes im Keller soll finanziell nochmals dargestellt werden.

Herr Zeigermann bestätigt, dass Landsberg einen Standort benötigt, wo alles zusammengeführt ist. Eine konkrete Zeitschiene muss gegeben sein. Zu überlegen ist, ob ein Umzug sinnvoll ist oder ob Maßnahmen ergriffen werden können, dass die Verwaltung im Gebäude verbleiben kann. In konstruktiver Diskussion wurden folgende Punkte angesprochen: Welchen Zustand hat das jetzige Gebäude? Welche Risiken sind hinsichtlich Brandschutz zu verzeichnen? Sind diese durch Kompensationsmaßnahmen in der Übergangszeit machbar? Kann der Standort in dieser Zeit nochmals aktiviert werden, um entsprechende Standards zu schaffen? Auch in Hinsicht auf den Bürgerservice ist keine Gefahr in Verzug. Der jetzige Standort wird auch 5 Jahre noch funktionieren. Wenn ein Umzug unabdingbar wäre, ist der aufgezeigte Standort in Hohenthurm durchaus akzeptabel.

Frau Werner ergänzt, dass der Kauf des Gebäudes Bürgerservice zu teuer ist. Der Mietvertrag würde nach eventueller Kündigung weiter laufen. Sie weist dennoch auf die Probleme im Bürgerservice hinsichtlich der Räumlichkeiten hin. Durch die Vermieterin sind keine Umbauten gewünscht.

Es sind noch zahlreiche offene Fragen zu beantworten, merkt Herr Weidinger an. Er schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen, um diese offenen Punkte zu klären.

Herr Dr. Raschke ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Zeigermann, dass zu der Zeitschiene noch eine Kostenschiene zu beachten ist. Des Weiteren sollte es ein Konzept für die Realisierung geben. Er weist auf die zahlreichen Projekte hin, welche aktuell zu realisieren sind. Er sieht hier die Gefahr hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Verwaltung in Bezug auf die Projekte, welche zu stemmen sind.

Die Verwaltung zieht den Antrag zurück.

Herr Dr. Weidt weist hier auch nochmals darauf hin, dass über viele offene Fragen nochmals nachgedacht bzw. diskutiert werden sollte wie z. B. Arbeit der Mitarbeiter im Homeoffice, Nutzung des Bürgerservice durch die Bürger digital.

TOP 19 Anfragen Stadträte und Stadträtinnen sowie Ortsbürgermeister und Ortsbürgermeisterinnen

Diesen TOP wird es in der ursprünglichen Form wieder ab dem nächsten Stadtrat geben.

Herr Stolzenberg beendet den öffentlichen Teil um 20.30 Uhr.